

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Bremen unterstützt Bündnisse „Vermögenssteuer Jetzt“ und „Umfairteilen – Reichtum besteuern“!**

Der aktuelle Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hat erneut gezeigt: Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland wird zunehmend größer, die Umverteilung von unten nach oben nimmt drastisch zu. Hohe Einkommen haben im letzten Jahrzehnt zugelegt, die unteren 40 % der Vollzeitbeschäftigten mussten dagegen reale Lohneinbußen hinnehmen. Seit 1992 hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von 4,6 Bio. € auf 10 Bio. € verdoppelt. Die untere Hälfte der Bevölkerung ist in dieser Zeit jedoch verarmt: besaß sie 1998 noch 4 % des privaten Nettovermögens, besitzt sie 2008 nur noch 1 %. Diese rd. 41 Mio. Bundesbürger verfügen damit über ein durchschnittliches Nettovermögen von ca. 2 400 € pro Person. Den gleichen Anteil am gesamten privaten Nettovermögen (rd. 100 Mrd. €) besitzen auch die zehn reichsten Familien der Bundesrepublik.<sup>1)</sup> Allein das reichste Promille der Bundesrepublik (ca. 81 000 Personen) besitzt 22,5 % des gesamten privaten Nettovermögens.<sup>2)</sup> Die reichsten 10 % der Bundesbürger besitzen laut Armuts- und Reichtumsbericht über 50 % des privaten Nettovermögens, laut anderer Schätzungen sogar 66,6 %.<sup>3)</sup>

Gleichzeitig ist in den letzten 20 Jahren das Nettovermögen des deutschen Staats um 800 Mrd. € zurückgegangen und damit von 52 % auf 6 % des Bruttoinlandsprodukts geschrumpft. Ein wichtiger Grund dafür sind die Steuergeschenke an die Wohlhabenden und Reichen, die seit dem Jahr 2000 für Steuerausfälle in Höhe von 335 Mrd. € gesorgt haben.<sup>4)</sup> Und im Rahmen der Rettung der Banken in der Finanzkrise wurden für rund 100 Mrd. € private Forderungen und Verbindlichkeiten in die staatlichen Bilanzen überführt und damit gesichert – eine Verschuldung der Allgemeinheit zugunsten der Wohlhabenden und Reichen. Und jetzt sollen diese Schulden gemäß neoliberaler Doktrin durch Sozialabbau, Lohnkürzung und die Streichung öffentlicher Leistungen, also auf dem Rücken der Armen, wieder abgebaut werden. Das kann nicht angehen.

Der Reichtum der Finanz- und Wirtschaftselite muss nach unten umverteilt werden, und er muss für eine aufgabengerechte Finanzierung der öffentlichen Hand herangezogen werden. Notwendig ist dazu die Wiedererhebung einer substanziellen Millionärsteuer auf Vermögen über 1 Mio. €, eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 und die Einbeziehung privater Kapitaleinkünfte in die reguläre Einkommenbesteuerung. Desgleichen ist eine Erhöhung der Einkommensteuer für hohe Einnahmen, die Einführung einer Transaktionssteuer, die Verfolgung von Steuerflucht und eine Erhöhung der im Vergleich zu Frankreich, England oder USA ungewöhnlich niedrigen Erbschaftssteuer anzustreben.

In den letzten Monaten haben sich zwei Bündnisse gegründet, die im öffentlichen Raum für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer werben: die Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ und das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“. Die Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ ist u. a. von Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (Nell-Breuning-Institut), Prof. Dr. Rudolf Hickel (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspo-

<sup>1)</sup> Manager Magazin, Oktober 2012.

<sup>2)</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2011 – siehe <http://umfairteilen.de/start/unterstuetzen/>

<sup>3)</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2011 – siehe <http://unifairteilen.de/start/unterstuetzen/>

<sup>4)</sup> Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe).

litik) und Dr. Peter Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) initiiert worden und wird parteiübergreifend von u. a. Heiner Geißler (CDU), Sigmar Gabriel (SPD), Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen) und Katja Kipping (DIE LINKE) unterstützt. Das Bündnis „Umfairteilen“ vereinigt eine umfangreiche und stetig wachsende Gruppe von Gruppierungen, Vereinen und Institutionen wie ATTAC, Gewerkschaften, soziale Initiativen und Wohlfahrtsverbänden. Der bundesweite Aktionstag am 29. September 2012 war ein großer Erfolg; auch in Bremen beteiligten sich eine ganze Reihe unterschiedlicher Gruppierungen an der Kundgebung auf dem Marktplatz.

Der Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ haben sich bereits eine Reihe von Kommunen angeschlossen (Marburg, Gießen, Göttingen, Duisburg, Kreis Groß-Gerau, der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie Flensburg). Die Stadt Bremen kann als weitere Kommune die Möglichkeit zu einer öffentlichkeitswirksamen Unterstützung dieser beiden Initiativen und ihrer Forderungen ergreifen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadt Bremen tritt öffentlichkeitswirksam der Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ bei.
2. Die Stadt Bremen unterstützt öffentlichkeitswirksam die Forderungen des Bündnisses „Umfairteilen – Reichtum besteuern“.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sich im Sinne dieser Forderungen auf Bundesebene für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, für eine Vermögensabgabe, für die höhere Besteuerung von Kapitalerträgen und eine Transaktionssteuer sowie die konsequente Verfolgung von Steuerflucht einzusetzen.

Klaus-Rainer Rupp,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE